

Gehört die Türkei zu Europa?

Die Grenzen eines Kontinents

Ist die Türkei nun ein Mitglied der Europa-Familie oder nicht? Das letzte Wort haben hier sicher nicht die Geografie oder gar Huntingtons *Kampf der Kulturen*. Unser Autor prüft Kultur-Traditionen, stellt ihren Konstrukt-Charakter fest und plädiert mit praktischen Vorschlägen für ein europäisches *identity-building* (analog dem geläufigeren *nation-building*).

Von Manuel Knoll

Notwendige politische Reformen sind nicht immer leicht umzusetzen. Das zeigt sich auch deutlich an den Schwierigkeiten der Europäischen Union (EU) mit der Neugestaltung ihrer politischen Institutionen. Erforderlich wurde diese durch die Erweiterung der Gemeinschaft nach Mittel- und Osteuropa. Der erste Reformversuch mündete in den Grundlagenvertrag von Nizza, der im Dezember 2000 beschlossen wurde. Der noch heute gültige Vertrag stellt jedoch lediglich einen Minimalkompromiss dar, der die EU nur unzureichend auf die 2004 erfolgte Aufnahme von zehn neuen Staaten vorbereitete. Mit dem „Verfassungsvertrag“ erfolgte ein zweiter Anlauf, der sicherstellen sollte, dass die erweiterte Gemeinschaft entscheidungs- und handlungsfähig bleibt. Dieses Reformwerk scheiterte 2005 bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Gegenwärtig vollzieht sich die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, der die EU auch deutlich demokratischer machen soll. Ob dieser dritte Reformversuch, der von der irischen Bevölkerung bereits einmal abgelehnt wurde, schließlich erfolgreich sein wird, bleibt weiterhin eine offene Frage.

Ein erneutes Scheitern könnte die weitere Vergrößerung der Gemeinschaft infragestellen. So wollen große Mitglieder wie Frankreich und Deutschland ohne den Lissabon-Vertrag nicht einmal die Aufnahme von Kroatien zulassen, das kurz vor Abschluss der Beitrittsverhandlungen steht. Unabhängig vom Erfolg dieses Reformwerks ist es prinzipiell umstritten, wer überhaupt noch in die EU aufgenommen werden soll. Der Streit entzweit nicht bloß die politischen Parteien in den Mitgliedsstaaten, sondern auch diese selbst. Insbesondere geht es dabei um die Türkei, um Albanien und um die Länder, die nach dem Zerfall Jugoslawiens auf dem Balkan neu entstanden sind. In Anbetracht dessen ist eine grundsätzliche Reflexion über die Fragen, wo die Grenzen Europas liegen und worin die europäische Identität besteht, erforderlich. Die beiden Fragen hängen offensichtlich zusammen. Hat man vor Augen, worin die Gemeinsamkeit der europäischen Bürger und Staaten genau besteht, kann man entscheiden, wer das europäische Haus noch beziehen kann und wer nicht mehr dazu passt.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass Europa geografisch im Norden und Westen durch den Atlantischen Ozean und im Süden durch das Mittelmeer begrenzt ist. So ist es naheliegend, dass der Streit um die EU-Erweiterung sich primär um die Frage dreht, wo die Grenzen Europas nach Osten hin verlaufen oder verlaufen sollten. Eine hierzu oft vertretene Position wird pointiert von dem US-Politologen Samuel P. Huntington formuliert. Huntington teilt die Welt in erster Linie nach Religionen in sieben verschiedene Kulturkreise auf. Zwischen diesen verortet er seit Ende des Kalten Krieges die globa-

len Konfliktlinien. Seinem Ansatz zufolge verläuft die Grenze Europas dort, wo das westliche Christentum endet und die Orthodoxie und der Islam beginnen. Demnach hätte die islamische Türkei, der von der EU bereits 1999 der Kandidatenstatus zugesprochen wurde und die seit 2005 über ihren Beitritt verhandelt, in der Gemeinschaft nichts zu suchen.

Huntingtons Auffassung ist aus verschiedenen Gründen höchst problematisch. Derzeit leben in Westeuropa etwa 16 Millionen Muslime. Identifiziert man Europa mit der westlichen Christenheit, dann werden Muslime per definitionem ausgegrenzt. Huntingtons Verständnis der europäischen Identität ist demzufolge mit der gewichtigen politischen Zielsetzung der Integration der muslimischen Bevölkerung in die westeuropäischen Staaten nicht zu vereinbaren. Sein Verständnis grenzt nicht bloß die Muslime, sondern auch alle Bürger aus, die sich als Atheisten, Agnostiker oder Anhänger anderer nicht-christlicher Glaubensrichtungen verstehen. Huntingtons Auffassung verträgt sich offensichtlich nicht mit dem zentralen europäischen Grundwert der Toleranz. Während diese bedeutende Tugend über weite Strecken des Mittelalters im muslimischen Spanien gegenüber Christen und Juden vorherrschte, entstand sie in Europa erst in Folge der blutigen Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts. In ihrer ursprünglichen Bedeutung zielt die Toleranz lediglich auf das friedliche Zusammenleben der Anhänger verschiedener Glaubensrichtungen. Auch wenn es Gründe gibt, den Islam als Religion abzulehnen, ist es mit dem europäischen Grundwert der Toleranz nicht zu vereinbaren, aus derartigen Gründen die Türkei als EU-Mitglied abzuweisen. Denn die Toleranz besteht gerade darin, eine Überzeugung zu dulden und zu respektieren, die man nicht teilt oder sogar als schlecht bewertet. Dennoch hat Toleranz immer auch Grenzen. Deshalb ist es richtig, den Beitritt der Türkei davon abhängig zu machen, dass das Land intolerante und unterdrückende Praktiken oder Verbote abschafft, die mit europäischen Werten unverträglich sind.

Die Frage nach der kollektiven europäischen Identität lässt sich nicht dadurch beantworten, dass man auf einen harten und invarianten Identitätskern verweist. Sicherlich bestehen zwischen den europäischen Bürgern und Staaten Übereinstimmungen, die sich aus ihrem gemeinsamen kulturellen und religiösen Erbe und den damit verbundenen Werten ergeben. Diese Gemeinsamkeiten bilden jedoch nur partiell eine kollektive europäische Identität. Vielmehr stellen sie zentrale Bausteine dar, aus denen eine solche konstruiert werden kann. Die Einsicht, dass die Identität einer politischen Gemeinschaft nicht „an sich“ existiert, sondern sozial konstruiert wird und primär im Denken ihrer Mitglieder besteht, ist in der zeitgenössischen Geschichts- und Politikwissenschaft verbreitet. So wird der Nationalismus heute kaum mehr als das Erwachen der Völker zum natürlichen Selbstbewusstsein verstanden. Stattdessen betont etwa Benedict Anderson, die Nation sei bloß eine vorgestellte politische Gemeinschaft und ein kulturelles Kunstprodukt. Wie aber ist es möglich, eine Nation oder einen Nationalismus zu erzeugen? Bemerkenswerte Antworten präsentiert ein mit *The Invention of Tradition* betitelter Sammelband. So sind Dudelsack und Kilt keine alten keltischen Kulturtraditionen, sondern Schöpfungen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Diese und viele andere damals neugeschaffenen Traditionen dienen wie Nationalhymnen und Flaggen dazu, sozialen Zusammenhalt zu erzeugen und zu symbolisieren. Dasselbe gilt für offizielle Personifikationen „der Nation“ wie die Marianne oder die Germania. Auch die als Muttersprachen bezeichneten Hochsprachen sind in vielen Fällen nicht die Sprachen der Mütter und der Großmütter, sondern jüngere Konstruktionen, welche die nationale Integration unterstützen. Diese Schöpfungen und viele mehr bewirken bei den Bürgern den Schein, ihre Nationen hätten schon

DUDELSACK UND KILT
SIND KEINE
KELTISCHEN
KULTURTRADITIONEN.

Er verteidigt die Identität



Wikimedia



Konstruktion ähnlicher Nationalhelden:
Vercingetorix, der Gallier, in Alésia (oben)
und Hermann, unser Cherusker,
im Teutoburger Wald



immer existiert, während sie tatsächlich erst vor gut 200 Jahren erzeugte künstliche Gebilde sind. Dieser Schein wurde auch durch eine nationalistische Interpretation der Geschichte hervorgerufen, die im 19. Jahrhundert etwa zwischen den Franzosen und den alten Galliern bzw. den Deutschen und den Germanen eine Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft konstruierte. Davon zeugen sowohl das Denkmal des gallischen Königs Vercingetorix in Alésia (Alise-Sainte-Reine) als auch das sogenannte Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, das den germanischen Fürsten Arminius darstellt.

Offensichtlich lassen sich aus der Geschichte des Nationalismus Lehren für die Europäische Union und für die Frage nach ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Identität gewinnen. Es lässt sich jedenfalls feststellen, dass das heutige Wir-Bewusstsein der Europäer der erfolgreichen ökonomischen, politischen und institutionellen Integration deutlich hinterherhinkt. So zeigen die Eurobarometer-Umfragen der letzten Jahre, dass sich zwar nahezu alle europäischen Bürger ihrer Nation oder Region verbunden fühlen, dem gemeinsamen Europa aber gerade mal etwas mehr als 50 Prozent. Nur äußerst wenige Bürger sehen sich ausschließlich als Europäer oder räumen ihrer europäischen Identität den Vorrang vor ihrer nationalen ein. In Anbetracht der ungleichgewichtigen Ausprägung der Mehrebenen-Identität der Europäer müssen die Lehren des *nation-building* auf die Gemeinschaft angewandt und ein europäisches *identity-building* betrieben werden. Dazu sollten gleichzeitig die nationalen Identitäten der Bürger dekonstruiert und die kollektive europäische Identität verstärkt werden. Begründen lassen sich diese normativen Forderungen damit, dass von einem größeren Zusammengehörigkeitsgefühl und einer Überwindung nationaler Egoismen letztlich alle Bürger mehr Vor- als Nachteile hätten. So zwingen grenzüberschreitende Probleme wie Naturzerstörung und Massmigration sowie mächtige Konkurrenten wie China und die USA die kleineren europäischen Staaten dazu, ihre Kräfte und Fähigkeiten zu koordinieren und in möglichst vielen Bereichen zusammenarbeiten. Da zahlreiche Probleme nicht durch intergouvernementale Kooperation und internationale Verträge gelöst werden können, ist eine zunehmende Verlagerung von Souveränität auf die supranationale Ebene erforderlich. Dazu zwingt auch die steigende Macht transnationaler Konzerne und der Standortwettbewerb im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung, die einen zunehmenden Macht- und Gestaltungsverlust nationalstaatlicher Politik bewirken. Eine Verstärkung der europäischen Einheit ist auch deshalb erstrebenswert, weil sie das zukünftige Gelingen und die Dauerhaftigkeit der Gemeinschaft befördert, was im Interesse jedes „guten Europäers“ sein sollte. Ein solcher schätzt die Union wegen ihrer offenen Grenzen, wegen der kulturellen Vielfalt und der friedlichen Kooperation ihrer Mitglieder sowie wegen ihres Wohlstandes und ihrer politischen Stabilität – Voraussetzungen für ein gutes und gelingendes Leben.

Wie lassen sich die Lehren des *nation-building* zur Verstärkung der kollektiven Identität der europäischen Bürger anwenden? Ein vielversprechender Ansatz besteht darin, dass man sich die gegenwärtigen Defizite der Gemeinschaft vergegenwärtigt. So diagnostiziert etwa Peter Graf Kielmannsegg, Europa sei noch immer „keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft“. Letzteres wird die Union jedoch zunehmend durch den erfolgreichen Integrationsprozess und durch die positiven Erfahrungen, welche die Bürger damit seit 1950 machen. Die anderen beiden Defizite können durch

geeignete politische Maßnahmen behoben werden. So lässt sich eine Europäische Erinnerungsgemeinschaft durch eine Auslegung und Präsentation der Vergangenheit auf den Weg bringen, die primär die verbindenden und weniger die trennenden Momente der Bevölkerungen und ihrer Geschichte hervorhebt. Statt im Schulunterricht eine starke Kontinuität zwischen heutigen Franzosen und Deutschen und alten Galliern und Germanen zu behaupten, könnten die vielfachen Vermischungen der europäischen Bevölkerungen betont werden. Anzuführen wäre etwa die Massenemigration der französischen Hugenotten in die Niederlande, die Schweiz, nach Großbritannien und nach Brandenburg. Auch die blutigen Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts müssen keineswegs aus nationaler Perspektive betrachtet, sondern können als gemeinsame europäische Verirrung gesehen werden, die den gemeinsamen europäischen Grundwert der Toleranz hervorbrachte.

Heute ist es im italienischen *liceo classico*, im deutschen Gymnasium oder im französischen *lycée* immer noch üblich, primär die jeweilige nationale kulturelle Identität zu fördern. So lesen italienische Oberschüler Leopardi, Manzoni oder Pirandello, französische Rabelais, Balzac oder Proust und deutsche Schiller, Goethe oder Kafka. Damit sind die meisten europäischen Lehrpläne anachronistisch und ungeeignet für die Verstärkung eines europäischen Wir-Bewusstseins. Dabei könnte ein solches Bewusstsein gerade in der gemeinsamen kulturellen Identität – angefangen bei den griechischen und römischen Wurzeln über das Christentum, die Renaissance und den Humanismus bis zum europäischen Zeitalter der Aufklärung – eine bedeutende Grundlage finden. Dazu wäre es erforderlich, die bestehenden Lehrpläne zu verändern. So schlägt Mark M. Anderson vor, Kurse einzuführen, die die Existenz einer europäischen Kultur als Kerngedanken pflegen. Derartige Kurse, etwa *Great Books of European Civilisation*, sind in den USA üblich und könnten in allen europäischen Ländern in englischer Sprache abgehalten werden.

MAN SOLLTE
DIE RELIGIONSKRIEGE
ALS GESCHICHTE
GEMEINSAMER
VERIRRUNGEN SEHEN.

Gemeinsame europäische Verirrung: Türken vor einer Bresche in der Stadtmauer von Wien (1683)



Leander Russ, Sturm der Türken auf die Löwelbastei 1693; Österreichische Galerie, Wien



Giovanni dall'Oro

Der hl. Paulus, Museum Kariye Cami, Istanbul

Soll eine europäische Kommunikationsgemeinschaft entstehen, so muss der Fremdsprachenunterricht und der Schüler- und Studentenaustausch deutlich intensiviert werden. Ein wichtiges Mittel hierzu ist der Bologna-Prozess, der darauf abzielt, bis 2010 einen „gemeinsamen europäischen Hochschulraum“ zu schaffen. Auch wenn die Umsetzung dieses Zieles deutlich mehr Zeit erfordern wird und die Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge zu einer unerfreulichen Verschulung der Universitäten führt, kann der Bologna-Prozess doch als wichtiger Integrationsschritt angesehen werden.

Eine echte Kommunikationsgemeinschaft lässt sich jedoch nur erreichen, wenn sich die EU-Mitglieder dazu entschließen könnten, die Weltsprache Englisch zur europäischen Lingua franca zu erheben. Dazu gibt es auch im Hinblick auf die globale Situation wenige Alternativen. Spanisch ist zwar weltweit stark verbreitet, wird aber nur von relativ wenigen Unionsbürgern gesprochen. Letzteres trifft auch für Französisch, Deutsch und die anderen europäischen Sprachen zu. Eine wirksame Maßnahme, die Kompetenz in der englischen Sprache zu fördern, könnte darin bestehen, angloamerikanische Kino- und Fernsehfilme nicht mehr zu synchronisieren. Denn gerade in den europäischen Staaten, in denen dies seit Längerem der Fall ist – in den Niederlanden und den skandinavischen Ländern –, verfügt ein hoher Prozentsatz der Bürger über sehr gute Englischkenntnisse. Gelänge es, diese europaweit auszubilden und supranationale Medien zu etablieren, in denen europäische Bürger und Parteien über ihre gemeinsamen Belange und Entscheidungen diskutieren könnten, entstünde eine europäische Öffentlichkeit. Sie ist erforderlich, um eine kollektive politische Identität bei den europäischen Bürgern zu erzeugen.

Bei der Verstärkung des kulturellen Wir-Bewusstseins der Europäer darf nicht nur darauf geachtet werden, die vielen tatsächlich bestehenden Gemeinsamkeiten dieses Kulturkreises zu betonen und ihnen neue hinzuzufügen. Es muss auch darum gehen, der zentralen Gemeinsamkeit zur Anerkennung zu verhelfen, dass sich die europäische Kultur durch eine beeindruckende Vielfalt und durch eine jahrtausendelange wechselseitige Beeinflussung des mannigfaltigen Anderen und Fremden auszeichnet, das geografisch auf engstem Raum unmittelbar aneinandergrenzt. Das europäische Ziel kann also nicht eine vereinheitlichte europäische Sprache und Kultur sein, sondern immer nur die Anerkennung des Reichtums der Pluralität und die Betonung der Einheit in der Vielfalt. Dementsprechend lautet Artikel 22 der im Dezember 2007 offiziell proklamierten EU-Grundrechtecharta: „Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.“

Es soll aber nicht nur die europäische kulturelle Identität verstärkt werden, sondern auch ihre kollektive politische Identität. Beide Identitätsformen lassen sich durch soziale und politische Konstruktionsleistungen hervorbringen oder verstärken. Das Ziel einer kollektiven politischen Identität besteht darin, dass sich die europäischen Bürger als Staatsbürger nicht primär ihrem nationalen, sondern einem europäischen Gemeinwesen zugehörig fühlen. Die zentralen Bausteine, aus denen sich ein politisches Wir-Bewusstsein konstruieren lässt, sind in Artikel 1a des Vertrags von Lissabon genannt: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“

Der entscheidende Schritt dahin, dass sich die Bürger mit den angeführten politischen Werten auf europäischer Ebene identifizieren und eine kollektive

politische Identität entwickeln könnten, wäre der Abbau des europäischen Demokratiedefizits und der Ausbau der politischen Institutionen zu einem europäischen Bundesstaat. In ihm müsste die Macht des Bundes gegenüber den Mitgliedsstaaten und den Regionen begrenzt und eine Aufteilung der Souveränität festgeschrieben werden. Die ausgiebigen Debatten über die Schwierigkeiten, die mit diesem Projekt und mit der Frage nach der Finalität (Ziel- und Vollendungsform) der EU verbunden sind, können hier nicht nachgezeichnet werden. Es sollte jedenfalls möglich sein, im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Plebiszit über eine „konstitutionelle Neugründung Europas“ (Joschka Fischer) zu schaffen. Dazu ist es vor allem erforderlich, in konstruktivem Geiste an der Verstärkung des Wir-Bewusstseins der Europäer und an der Verbesserung ihrer Sprachkompetenz



Jan Vermeyen (1602): Rudolf II., Sieger über die Türken, mit Damen

zu arbeiten. Hierzu sind alle europäischen Bürger aufgerufen, denen als Politikern, Publizisten, Journalisten, Lehrern und Hochschullehrern besondere Macht und Verantwortung zukommt, die sich im Fluss des Werdens ständig wandelnde europäische Identität zu gestalten.

Stellt man im Licht der vorangehenden Überlegungen über die europäische Identität erneut die Frage nach der Ostgrenze der Union und nach einer zukünftigen Mitgliedschaft der Türkei, dann zeigt sich, dass es keinen Grund gibt, ihr diese zu verweigern. Die Türkei hat durch die Modernisierung und Verwestlichung, die im Zuge des Kemalismus erfolgte, bereits eine erstaunliche Reformfähigkeit bewiesen. In Anbetracht der beträchtlichen Fortschritte der letzten Jahre ist es höchstwahrscheinlich, dass sie in nicht allzu ferner Zukunft bereit sein wird, einer europäischen Wertegemeinschaft beizutreten. Eine Mitgliedschaft der Türkei hätte zur Folge, dass sich die EU weiter nach Osten erstrecken würde, sodass sie Grenzen mit Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Iran, Irak und Syrien bekäme. Da einige dieser Staaten nicht sehr stabil sind, wäre eine derartige neue Ostgrenze gewiss kein Gewinn für die Gemeinschaft. Der Nachteil würde aber dadurch ausgeglichen, dass eine Mitgliedschaft der Türkei eine beträchtliche militärische und strategische Verstärkung der Union nach sich zöge. Eine erfolgreiche EU-Integration der Türkei hätte wie diejenige Albanien und Bosnien-Herzegowinas, alles Staaten mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung, auch Auswirkungen auf das Verhältnis des gesamten Westens zum islamischen Kulturkreis. Dass dieses in den letzten Jahrzehnten äußerst problematisch war, werden auch diejenigen einräumen, die keine Anhänger von Huntingtons Theorie eines Konflikts der Kulturen sind. Gelänge es EU-Mitgliedern mit ihren verschiedenen religiösen und kulturellen Traditionen, in gemeinsamen europäischen Institutionen friedlich und erfolgreich zusammenzuarbeiten, könnte die Union zu einem Modell für ein Verhältnis von westlichen und islamischen Staaten werden, das global als nachahmenswert angesehen wird. 